

Profiteure des Amtsgeheimnisses

Von Christoph Mörgeli

Das Büro des Nationalrats hat gesprochen. Entgegen dem Antrag der Immunitätskommission wird Christa Markwalder nicht disziplinarisch bestraft. Trotz knallhart belegbarem Tatbestand: Markwalder hat nicht nur zwei zwischenzeitlich bekannte bundesrätliche Antworten auf ihre Kommissionsanfragen an Dritte verraten, sondern auch zwei amtsgeheime Antworten auf ihre Fragen zu Tschechien und Bosnien. Diese gelangten in russischer Übersetzung nach Kasachstan. Dort haben die bundesrätlichen Stellungnahmen zu Interna zweier Drittstaaten definitiv nichts zu suchen. Weil bei Markwalder nichts passiert, ist das Amtsgeheimnis auch für 199 andere Nationalräte klinisch tot.

Das Nationalratsbüro hat die Macht. Es hat auch die Macht, das Recht zu vergewaltigen. Dennoch lautet Artikel 47 des Parlamentsgesetzes nach wie vor: «Die Beratungen der Kommissionen sind vertraulich.» Die Parlamentsverwaltungsverordnung unterstellt in Artikel 7 und 8 die Kommissionsprotokolle ebenso der Vertraulichkeit, wie die übrigen «Unterlagen der Kommissionen». Mit dem Entscheid, Christa Markwalder nicht zu rügen, ist das Kommissionsgeheimnis definitiv zur Lachnummer verkommen.

Wir Parlamentarier erlassen gern Gesetze, welche die einfachen Bürger wegen Bagatellen hart bestrafen. Geht es aber um uns selber, wird getrickt, verdunkelt und beschissen. Dabei müsste man den grossen Lumpen stärker aufs Hirn hauen, statt die kleinen Leute zu verfolgen. Dieser grobe Satz stammt natürlich ebensowenig von mir, wie das folgende Bonmot von FDP-Präsident Philipp Müller stammt: «Irren ist menschlich, immer irren ist sozialdemokratisch.» Das Urheberrecht beider Zitate liegt bei Franz Josef Strauss.

Plagiator Müller und seine Partei haben das grösste Interesse, die Geheimnisverräterin Markwalder reinzuwaschen. Und das Kommissionsgeheimnis trotzdem zu bewahren. Nur so kann Philipp Müller bei seinen medialen Sonntagsreden den bürgerlichen Hardliner für eine «Neuausrichtung der Asylpolitik» markieren, um im Kommissionsalltag gegenteilig zu stimmen. In der Asylpolitik folgt die FDP in allem Simonetta Sommaruga, stimmt für zwölf bis achtzehn grosse Asylzentren für 550 Millionen, für Asyl-Gratisanwälte und für die Enteignung von Privaten und Gemeinden. Wie nannte solches Franz Josef Strauss? «A grosse Gosch'n und ka Zäh'n.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Die Schmidtchen-Schneider-Strategie

Von Peter Bodenmann — Bundesrat Johann Schneider-Ammann will 2016 wieder einen Mindestkurs von Fr. 1.20 pro Euro.



Die SVP-Initiative geräuschlos versenken: Schneider-Ammann, Müller, Burkhalter.

Der von der SVP eben noch gefeierte Superpatriot Jordan hat den wirtschaftlichen Aufschwung abgeschossen. Dank der Kapitulation vor den Währungsspekulanten. Ohne jede Not, wie das Beispiel Dänemark zeigt.

Die Minus-Teuerung ist viel höher als statistisch ausgewiesen. Auch weil die Schweizerinnen und Schweizer immer mehr Waren und Dienstleistungen im Ausland einkaufen oder daselbst geniessen. Die lautlose Auslagerung von Produktion und Dienstleistungen nimmt Fahrt auf, wie das Beispiel Ego Kiefer belegt.

Es gibt weltweit einen brutalen Wettbewerb der Standorte. Währungspolitik wird dabei immer wichtiger. Viele in der Schweiz glaubten, China sei nach dem Jordan-Eigengoal der Rettungsanker für die Schweizer Wirtschaft. Leider haben die chinesischen Kommunisten mit dem von ihnen angestrebten Wachstum zurzeit ihre liebe Mühe. Deshalb machen sie ihre Währung weicher. Pech gehabt.

Der Bundesrat wählt den Bankrat der Schweizerischen Nationalbank. Der Bundesrat wählt auf Vorschlag dieses Bankrats die Mitglieder des Direktoriums der Nationalbank. Die Nationalbank ist so unabhängig von der Politik wie die Krim von Putin. Begriffen hat dies alles nun auch der für seine Schnelligkeit nicht eben bekannte Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Der Wirtschaftsminister plädiert mittlerweile für einen Kurs von Fr. 1.20 pro Euro. Will aber

scheinheilig die Unabhängigkeit der Nationalbank nicht antasten. Das Signal für alle Unternehmen ist klar: Die Freisinnigen wollen den Fehlentscheid der Nationalbank korrigieren. Im Gegensatz zur SVP. Und wenn die Freisinnigen die Wahlen gewinnen, werden sie es auch tun. Weil bis dann die ohne Not angerichteten Flurschäden nicht zu übersehen sind.

Die gleiche Schmidtchen-Schneider-Strategie wendet der Freisinn in Sachen Personenfreizügigkeit an. Müller und Co. wollen um jeden Preis die Bilateralen retten. Und die Masseneinwanderungsinitiative – was auch möglich wäre – nicht einmal EU-kompatibel umsetzen. Weil das den unproduktiven Binnensektoren weh tun würde. Deshalb soll und wird der Freisinnige de Watteville die Masseneinwanderungsinitiative so geräuschlos versenken wie zuvor das Steuerhinterziehergeheimnis. Tradition verpflichtet: Jakob von Wattenwyl schloss 1516 – ein Jahr nach der Schlacht von Marignano – mit den Franzosen den erfolgreichen bilateralen Subordinationsvertrag ab, den Ewigen Frieden.

Um alles zu vernebeln, verspricht die FDP der SVP einen zweiten Sitz im Bundesrat. Dies, nachdem die FDP – und niemand sonst – Blocher abgewählt hat. Erfolgreiche Täter sind nicht erwischte Wiederholungstäter.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.